

Die „Magdeburger Alternative“ – Fortsetzung der neoliberalen Crash-Kurs-Politik!

1) Ostdeutschland – die Schwelle zum Abgrund ist überschritten.

Die fünf neuen Bundesländer (5NB) plus Berlin bilden die größte zusammenhängende Region der Bundesrepublik, die 15 Jahre nach der Wende als ökonomisch abgestürzt bezeichnet werden muss. So betrug das BIP je Einwohner in den 5NB im Jahr 2003 gerade mal 64% des westdeutschen Niveaus (vgl. Memo 2004); unter den von der statistischen Behörde der EU verglichenen 281 europäischen Regionen nimmt gegenwärtig Leipzig als wirtschaftlich stärkste Region Platz 191 ein, Dessau und Chemnitz liegen auf dem Niveau von Andalusien (Spanien) und Alentejo (Portugal) (vgl. Kühn 2005); die Kassen der öffentlichen Haushalte sind leer und werden es auch bleiben (vgl. hierzu den „Bullerjahn-Bericht“); die Arbeitslosigkeit hat sich bei ca. 20% eingependelt; parallel zu dieser Entwicklung haben seit 1989 über 3 Mio. vor allem hoch qualifizierte Menschen die 5NB verlassen (vgl. Memo 2005); von den noch Beschäftigten besaßen Mitte 2004 nur noch 70% einen normalen Arbeitsvertrag und 41% wurden nach den geltenden Branchentarifen bezahlt (vgl. Kowalski 2005); Parallel zu dieser Entwicklung hat sich in den 5NB der Niedriglohnsektor massiv ausgeweitet, wobei Sachsen-Anhalt hier keine Ausnahme macht. „Der Rückgang der Beschäftigung insgesamt, die Verbreitung von geringfügiger Beschäftigung und die allgemeine Lohnzurückhaltung haben dazu geführt, dass die Lohnsumme in Sachsen-Anhalt zwischen 1996 und 2002 um über 20% gesunken ist“ (Zimmermann 2005, 56/57). Auch die Zusammensetzung der Arbeitslosen spiegelt die dramatische Situation der 5NB wider. So waren beispielsweise in Sachsen-Anhalt im Jahre 2004 45% aller Arbeitslosen langzeitarbeitslos. (vgl. Zimmermann 2005) Vor diesem Hintergrund prognostiziert die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in ihrem Memorandum 2004: „Eine wesentliche Verringerung der Ost-West-Kluft des BIP je Einwohner wird es aller Voraussicht nach weder bis 2010 noch bis 2020 geben. Das gilt ebenfalls für den Übergang zu einer sich selbst

tragenden Wirtschaft“ (S. 209). Ebenso pessimistisch urteilt der „Bullerjahn-Bericht“: „Das Wirtschaftswachstum bleibt gering. [...] Ein solches Wachstum (1,5%) wird die Probleme auf dem Arbeitsmarkt und die Probleme der Einnahmen der öffentlichen Haushalte nicht lösen“ (S. 5).

2) „Was tun?“ „Brennende Fragen“ und Antworten der „Neoliberalen Internationale“.

In der gegenwärtigen Debatte zu „unseren brennenden Fragen“ sind es weniger kontrovers geführte und ergebnisoffene Debatten als vielmehr die Galionsfiguren der neoliberalen Kaderelite wie Hans-Werner Sinn, die uns **den** richtigen Weg finden lassen sollen. Demzufolge werden Fragen auch nicht kontrovers diskutiert, sondern scheinen einem dem Einheitsdenken Tür und Tor eröffnenden Konsenszwang unterworfen. So verwundert es auch nicht, dass (scheinbar) nur noch solche Fragen auftauchen, die unsere hausgemachten Probleme mit solchen Mitteln zu lösen versuchen, welche die Probleme erst produziert und dann verschärft haben. Zur erwähnten neoliberalen Kaderelite streben in den letzten 3 Jahren auch die beiden Magdeburger Ökonomen Ronnie Schöb und Joachim Weimann mit ihrer „Magdeburger Alternative“ auf, welche sie in einem Buch mit dem wegweisenden Titel „Arbeit ist machbar“ vorstellen – ein Titel, der schon vor der Lektüre des eigentlichen Textes eine heimliche Hypothese einführt, die der neoliberalen Programmatik der „Magdeburger Alternative“ diametral entgegensteht: dass es hier nämlich nicht darum geht, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern den Faktor Arbeitskraft noch weiter zu verbilligen!

- a) „Gewerkschaftsmacht“ und „hohe Löhne“: Solidarität mit den Geringqualifizierten!

In allegorischer Anlehnung an die medizinische Praxis erstellen die beiden Magdeburger Professoren schon im Vorwort folgende Diagnose: „Der deutsche Arbeitsmarkt ist krank, ernsthaft krank“ (S. 7). Gut, die Dinge mittels einer Allegorie plastisch darzustellen, fördert das Verständnis. Nur bedeutet das nicht, dass plastische Darstellungen automatisch auch zutreffend sind. Denn wie auf den nachfolgenden Seite zu lesen ist, besteht die „Krankheit“

des deutschen Arbeitsmarktes nicht darin, wie der Leser anfangs vermuten könnte, dass es eine enorm hohe Arbeitslosigkeit gibt; die Arbeitslosigkeit ist nur das „*Symptom*“. Was aber sei die eigentliche *Krankheit* und was deren *Ursache*? Da weder den Parteien noch den Gewerkschaften und Unternehmern ein Interesse an einem „kranken Arbeitsmarkt“ unterstellt werden könne (S. 8), müsse es andere Ursachen geben. Die *Interessen* der Akteure sind somit nicht die Ursache! Diesen Punkt festzuhalten, ist wichtig, denn eine zentrale Grundlage des theoretischen Analyseansatzes, den die beiden Autoren gewählt haben, ist die sogenannte „Theorie der rationalen Wahl“. Demnach entscheidet jeder Akteur gemäß seiner individuellen Präferenzen und Perspektive, was für ihn – und *nur* für ihn – vorteilhaft oder nachteilhaft ist. Eine **übergeordnete**, allen Mitgliedern einer Gemeinschaft prinzipiell zugängliche **Rationalität** (oder Vernunft) *existiert in dieser Theorie nicht*. Aber worauf berufen sich denn Schöb und Weimann, wenn sie konstatieren, dass etwas „schief lief“? Zunächst bestünde das Problem des Arbeitsmarktes in den Strukturen des Arbeitsmarktes selbst, d.h. im (angeblich!) „überproportionalen Anstieg der Löhne im untersten Tarifsegment“ (S. 49) (wobei die Tabelle auf der darauffolgenden Seite das Gegenteil nahe legt!) vor dem Hintergrund der „Globalisierung“, d.h. der Auslagerung arbeitsintensiver Produktion (z.B. der Textilindustrie). Aber was ist die eigentliche „Krankheit“ des Arbeitsmarktes? Da in den Ausführungen der Autoren Arbeitslosigkeit vor allem mit der Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten gleichgesetzt wird, muss man daraus den Schluss ziehen, dass die Antwort auf die Frage nach der „Krankheit“ nur folgendermaßen lauten kann: der überproportionale Anstieg der Arbeitskosten im unteren Tarifsegment! Fällt in diesem Bild nicht Ursache und Wirkung zusammen? Kann die Ursache einer Erkältung eine Erkältung sein? Die Argumentationsstruktur der beiden Professoren lässt den Leser hier ein Stück weit im Regen stehen! Aber intuitiv lässt sich noch eine andere Antwort auf die Frage nach der Ursache finden: eine falsche Arbeitsmarktpolitik. Gut! Aber wer legt fest, ja wer ist überhaupt prädestiniert festzulegen, welche Arbeitsmarktpolitik **die** richtige ist? Muss man sich hier nicht auf eine **übergeordnete Rationalität** berufen, also auf eine *Vernunft* wie der Philosoph Immanuel Kant sie konzipiert hat? In der „Theorie der rationalen Entscheidung“ gibt es eine solche Vernunft zumindest nicht! Hier gibt es nur unterschiedliche Standpunkte mit spezifischen Interessen und Sichtweisen, wobei es keine Begründung dafür gibt, dass ein Standpunkt dem anderen in irgendetwas überlegen wäre. In der marxistischen Theorie nennt man so etwas einen „Klassenstandpunkt“ und die damit verbundenen Dispositionen „Klassenideologie“ und „Klasseninteresse“.¹ Zu fragen wäre den beiden Professoren, welche

¹ Wobei der „herrschenden Klasse“ immer ein „Herrschaftsinteresse“ unterstellt wird!

Rolle eigentlich der Volkswirtschaftler in einem Modell einnimmt, wo auch der Wirtschaftspolitik betreibende Staat nur „seine“ Interessen wahrnimmt (und was das eigentlich für Interessen sein können). Vielleicht kommen wir aber dem „Gemütszustand“ der „Magdeburger Alternative“ auf die Spur, wenn wir bei unserer weiteren „Diagnose“ einige grundlegende Prinzipien der „Theorie der rationalen Entscheidung“ (und vielleicht auch einige des marxistischen Pendants) im Hinterkopf behalten!

In üblicher neoliberaler Manier werden die Gewerkschaften, die zu hohen Löhne in Deutschland und die angeblich „keynesianische Wirtschaftspolitik“ der Ära von Helmut Schmidt für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Unterschwellig (und weiter hinten im Buch offen ausgesprochen) bedauert man, dass es in der Bundesrepublik keine Margaret Thatcher gab, die die Gewerkschaften zerschlagen und den deutschen Arbeitsmarkt vollständig dereguliert hätte. Als Opfer der deutschen „Gewerkschaftsmacht“ erspähen Schöb und Weimann in ihrer anschließenden „Differentialdiagnose“ schließlich die Geringqualifizierten. Denn die Gewerkschaften, so der rote Faden ihres „Krankheitsverlaufs“, vertreten angeblich ausschließlich die Interessen der Beschäftigten. Dies tun sie, indem sie „verkrustete“ Arbeitsmarktstrukturen aufbauen (gemeint sind hier v.a. die Tarifverträge, die Mitbestimmung und der Kündigungsschutz) und so den geringqualifizierten Arbeitslosen den Zutritt verweigern. Dass 50% der Langzeitarbeitslosen geringqualifiziert sind, bedeutet allerdings auch, dass 50% der Langzeitarbeitslosen qualifiziert sind und von einem Niedriglohnsektor nur unter dem Preis dauerhafter De-Qualifikation profitieren können! Diesen Zusammenhang blenden die beiden Wirtschaftswissenschaftler allerdings aus. Aus gutem Grund. Denn die Geringqualifizierten werden im weiteren Verlauf der Beschreibung der „Krankheitsgeschichte“ des deutschen Arbeitsmarktes gekonnt an einen Ort positioniert, wo sie eine doppelte Rolle spielen: sie sind einerseits Projektionsfläche des Skandals der Arbeitslosigkeit und andererseits Objekt neoliberaler Begierde, dem Wunsch nach einem gigantischen Niedriglohnsektor! Damit gelingt es den Autoren in durchaus anschaulicher Weise das komplexe Problem der Arbeitsmarktpolitik auf das Schicksal einer Gruppe zu reduzieren, die für die Problematik der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik nicht typisch ist, deren miserable Situation vielmehr ein Problem eines nicht ausreichend ausgebauten Bildungs- und Qualifizierungssystems ist.²

Nachdem der Leser also auf die Geringqualifizierten als Projektionsfläche des Skandals und die Gewerkschaften als Schuldige eingeschworen wurde, diskutieren die Autoren im

² Mit Blick auf die langjährige Debatte zur Ausbildungsplatzabgabe müsste eigentlich jedem klar sein, dass der Schuldige dafür ganz bestimmt nicht bei den Gewerkschaften zu finden ist. Denn schließlich sind es nicht BDI und BDA, die die Ausbildungsplatzabgabe fordern!

zweiten Teil des Buches zahlreiche „gescheiterte Behandlungsversuche“. Der Effekt dieser Strategie ist so beeindruckend wie unterschwellig. Indem nämlich ausschließlich neoliberale arbeitsmarktpolitische Strategien vorgestellt werden³, wird ein Bild erzeugt, wonach die einzige mögliche Arbeitsmarktpolitik in der Schaffung eines Niedriglohnsektors bestehen würde. Die Frage, die nun noch zu beantworten ist, lautet: wie schafft man unter den Bedingungen einer von „Gewerkschaften beherrschten“ Gesellschaft einen Niedriglohnsektor?

b) Die „Magdeburger Alternative“: eine Giftmischung.

Da also eine Margaret Thatcher in Deutschland zur damaligen Zeit (das Buch wurde vermutlich 2002 geschrieben) nicht in Aussicht stand, geht am Tarifsystem kein Weg vorbei, wie Schöb und Weimann bedauernd feststellen. Und genau diesen „Balanceakt“ zwischen „Gewerkschaftsmacht“ und Niedriglohnsektor beanspruchen die beiden Professoren mit ihrer „Magdeburger Alternative“ hinzukriegen. Dabei gehen sie von folgender arbeitsmarktpolitischer Hypothese aus: „Die zu geringen Arbeitsanreize haben wesentlich dazu beigetragen, dass Geringqualifizierte in Deutschland keine Arbeit mehr haben und deshalb eine so hohe Zahl arbeitsfähiger Menschen von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe lebt“ (S. 149). Das Problem besteht in den Augen von Schöb und Weimann also nicht darin, dass es gegenwärtig an entlohnten *Arbeitsplätzen* fehlt; vielmehr liegt das Problem auf Seiten der Arbeitssuchenden. Die Arbeitslosen haben also zu geringe *Anreize* eine Arbeit aufzunehmen. Dies ist übrigens die gleiche Hypothese, die den Hartz – Gesetzen zugrunde liegt! Könnte die Tatsache, dass die Hartz-IV-Politik nicht funktioniert, nicht vielleicht ein Hinweis darauf sein, dass die Hypothese nicht stimmt? Wie nun will die „Magdeburger Alternative“ die „Arbeitsanreize“ erhöhen, um dadurch Arbeit zu schaffen?

Die erste Maßnahme besteht darin, dass die öffentliche Hand für jede zusätzlich eingestellte Arbeitskraft in der untersten Tarifgruppe die Sozialversicherungsabgaben übernimmt. Wenn also ein Betrieb mit zehn Beschäftigten einen Langzeitarbeitslosen in der untersten Lohngruppe einstellt, entfallen für diesen die Sozialabgaben, die sich auf ca. 35% belaufen. Dies wäre also aus Sicht des Arbeitgebers eine Reduktion der Personalkosten um 35%, wobei der Arbeitnehmer seinen vollen Nettolohn ausgezahlt bekommt und zudem Ansprüche auf die üblichen Sozialleistungen erwirbt. Doch, so räumen die Autoren ein, besteht die Gefahr, dass auf diesem Wege reguläre sozialversicherungspflichtige Jobs

³ Sieht man von der Polemik gegen Lafontaine ab.

verdrängt werden und der Effekt, mit diesem Modell zusätzliche Arbeit zu schaffen, dahin wäre. Um diese sog. Mitnahmeeffekte zu verhindern, schlagen Schöb und Weimann etwas vor, was wohl der brillianteste Zug ihres Modells ist: man legalisiert die Mitnahmeeffekte einfach! Das geht folgendermaßen: für jede zusätzlich eingestellt Arbeitskraft erhält der Arbeitgeber nicht nur die Lohnnebenkosten für diesen, sondern zudem auch noch die Lohnnebenkosten für einen weiteren, bereits Beschäftigten zurückerstattet (zweite Maßnahme). Anders im Falle einer Neugründung. Schließt z.B. ein Bauunternehmer seine Firma und gründet eine neue Firma, so erhält dieser nur die Subventionen für jeden Arbeitnehmer, der zusätzlich zur bereits bestehenden Belegschaft eingestellt wird. Ein Arbeitgeber würde also von diesem Subventionsmodell am meisten profitieren, wenn er seine Belegschaft verdoppelt, weil er dann insgesamt Personalkosten in Höhe von 35% einspart! Was aber, wenn ein Unternehmen so viel Personal überhaupt gar nicht benötigt, weil ganz einfach die Aufträge fehlen? Wenn keiner da ist, der bereit ist, Geld für einen Auftrag an eine Firma auszugeben, dann nützen auch die größten Lohnsubventionen nichts. Hätte unter der Bedingung einer konstanten Auftragslage ein Unternehmer nicht trotzdem Anreize seine Personalkosten zu reduzieren? Sicherlich! Er gründet einfach eine neue Firma, übernimmt 50% der alten Belegschaft und besorgt sich die andere Hälfte lohnsubventioniert. Dann hätte er „nur“ 17,5% Personalkosten gespart und es wäre kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen. Auch Schöb und Weimann diskutieren einen solchen Fall. Allerdings spielen sie dieses Szenario in einer Art und Weise durch, die den Ernst der Lage nicht zur Kenntnis nimmt und somit nicht überzeugt. (vgl. S. 157/158) Auch überzeugt die Standhaftigkeit der drei Kriterien, die eine subventionsberechtigte Arbeitskraft erfüllen muss, nicht. Zur Erinnerung: sie muss langzeitarbeitslos und geringqualifiziert sein und schließlich in die unterste Lohngruppe vermittelt werden. Auf Seite 171 nämlich beziffern Schöb und Weimann das Potential an Arbeitslosen für ihre arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit 2,2 Mio. Das ist exakt die Zahl der arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen. Allerdings ist nur ein Teil der Langzeitarbeitslosen geringqualifiziert, der andere Teil ist nämlich qualifiziert. Aus diesem Grunde kann davon ausgegangen werden, dass in der politischen Umsetzung gerade in Ostdeutschland, wo der Anteil der Qualifizierten im Vergleich mit den Alten Bundesländern relativ hoch ist, das Kriterium der Geringqualifikation fällt. Aber auch das Kriterium der Langzeitarbeitslosigkeit scheint nicht sattelfest. Denn im schon erwähnten Szenario einer Firmenneugründung zum Zwecke der idealen Ausbeutung der Subventionen unterstellen die Autoren die Möglichkeit des Wechsels der Belegschaft zur Konkurrenz. Die Belegschaft der gerade abgewickelten Firma müsste aber erst ein Jahr arbeitslos werden, damit der

Arbeitgeber in den Genuss der Subventionen kommt. Im Beispiel der Autoren müsste sie das nicht, was die Seriosität und innere Stimmigkeit ihres Modells in Frage stellt. Nicht zuletzt ist zu befürchten, dass mögliche, durch exogene Faktoren (Bundes- oder EU-Politik, Veränderungen auf den Weltmärkten) verursachte Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, die normalerweise zu sozialversicherungspflichtiger Arbeit führen würde, im Falle der Einführung der „Magdeburger Alternative“ staatlich subventioniert wird. Firmen expandieren, wenn es neue Aufträge gibt. Neue Aufträge gibt es aber nur, wenn irgendwo investiert oder konsumiert wird. Investiert und Konsumiert wird aber nur, wenn ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Ist all dies der Fall, dann entsteht Arbeit – ob mit oder ohne Lohnsubvention. **Die Nachfrageschwäche – verursacht durch zu geringe Einkommen und die zurückgeschraubten öffentlichen Ausgaben – ist in Deutschland das Problem!**

Die dritte Maßnahme titulieren Schöb und Weimann verheißungsvoll mit „Besteuerung des Nichtstuns für die, die nicht arbeiten wollen“. Die bedeutet, dass möglichst alle Arbeitslosen zu ALG II –Sätzen über die privatisierten Personal-Service-Agenturen vermittelt werden sollen, wobei die PSA-Mitarbeiter dazu angehalten werden, jede Aktivität ihrer „Kunden“ persönlich zu kontrollieren. Auch halten die Autoren das sog. „Equal Play“, wonach ein Leiharbeiter der PSA den gleichen Lohn wie ein regulär Beschäftigter erhält, für unangebracht. Vielmehr soll ein Arbeitsloser zu ALG II-Sätzen arbeiten, damit dieser „Anreize“ bekommt, eine reguläre Beschäftigung aufzunehmen. Der Kern dieser Überlegung wird von den Autoren folgendermaßen formuliert: „Wenn er (der Arbeitslose) eh schon eine normale Arbeitswoche hat, dann ist für ihn diejenige Arbeit am besten, die ihm den höchsten Lohn bringt“ (S. 161). Bestechend! Im Kern wollen Schöb und Weimann also die bereits bestehenden Repressionen noch verschärfen. Die vierte und (Gott sei Dank!) letzte Maßnahme besteht darin, sämtliche Subventionen unbefristet zu gewähren. Zudem plädieren die Autoren dafür, neben ihrer Lohnsubvention (siehe 1. und 2. Maßnahme) auch Beschäftigung jenseits einer Verdienstgrenze von 331€ in Ost und 345€ in West durch staatliche „Lohn“zuschüsse zu ermöglichen.

3) Einschätzung und Bewertung

- 1) Die „Magdeburger Alternative“ wird, wenn sie funktioniert, d.h. wenn Arbeitgeber diese Lohnsubvention nachfragen, mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass sozialversicherungspflichtige Arbeit durch staatlich subventionierte Arbeit ersetzt wird. Sprich: die „Magdeburger Alternative“ würde dazu beitragen, einen staatlich subventionierten Niedriglohnsektor zu etablieren. Dafür spricht erstens die Erfahrung mit den Mini- und Midijobs. So konstatiert Rudolf Hickel: „Von 1994 bis 2005 ist die Teilzeitquote von 17,8% auf 29,4% angestiegen und die Vollzeitquote entsprechend gesunken. Der Index ‚geringfügiger Beschäftigung‘ ist auf der Basis von 100 für das Jahr 2000 bis 2003 sprunghaft auf 123 hochgeschneit. Die (neoliberale Arbeitsmarkt-) Politik verstärkt den Trend nicht zur Schaffung von zusätzlicher Vollzeit Arbeitsplätze, sondern zur Expansion des Billiglohnsektors. Die Wirkung dieser Strategie zeigt sich auch an der wachsenden Zahl von Beschäftigten, während die Nachfrage nach Arbeitsstunden kaum zugenommen hat“ (Hickel 2005, 138). Zweitens scheint das Modell von Schöb und Weimann alles andere als wasserdicht gegen eine Besetzung von (noch) sozialversicherungspflichtiger Stellen mit staatlich subventionierter Arbeit zu sein. **Attac/Magdeburg lehnt einen staatlich geförderten Ausbau des bereits etablierten Niedriglohnsektors ab. Arbeit muss existenzsichernd und sozialversicherungspflichtig sein. Der Niedriglohnsektor muss vollständig abgebaut werden!**
- 2) Im Hintergrund von Schöbs und Weimanns Modell steht eine rückwärts gewandte ökonomische Entwicklungsstrategie. Anstatt auf Förderung von Wissenschaft und Technik und einen damit verbundenen weiteren Produktivitätsfortschritt setzen die beiden Magdeburger Professoren auf eine Rückkehr zu unproduktiven Routinetätigkeiten. Nicht Technik und Wissenschaft, sondern geringqualifizierte Arbeit soll zukünftig im Zentrum staatlicher Förderpolitik stehen. **Eine solche Strategie der „Manchesterisierung“ der Ökonomie lehnt attac/Magdeburg entschieden ab. Zudem bieten gering qualifizierte Niedriglohnbereiche keine Beschäftigungsperspektive, weil in diesem Segment in Deutschland produzierende Unternehmen niemals konkurrenzfähig sind. Gegen Löhne in China oder auch nur in der Slowakei besteht keine Chance. Es müssen statt**

dessen innovative und hochwertige Produkte vorgezogen werden. Eine noch radikalere Lohnkostensenkungsstrategie steht dem im Wege. Mit Billiglöhnen kann man keine hochwertigen Güter produzieren.

- 3) Die arbeitsmarktpolitische Grundhypothese der „Magdeburger Alternative“ geht davon aus, dass der Faktor Arbeitskraft politisch entreguliert werden muss, um sich zu entfalten. Eine solche Sicht unterstellt, dass genug Arbeit vorhanden ist, wenn nur die Arbeitsanreize richtig gesetzt werden. **Wir von attac/Magdeburg sind jedoch der gegenteiligen Überzeugung: Arbeitsplätze müssen durch eine Stärkung der Nachfrageseite geschaffen werden. Nur wer ein ordentliches Einkommen hat, kann ordentlich einkaufen! Und nur wenn ein Unternehmen sein Produkt auch verkaufen kann, wird es dieses Produkt produzieren. So ist das nun einmal im Kapitalismus!**
- 4) Zudem will die „Magdeburger Alternative“ ein noch repressiveres Kontroll- und Überwachungssystem gegen Arbeitslose incl. Arbeitszwang zu ALG II-Sätzen etablieren. **Wir von attac/Magdeburg bewerten ein solches System als sinnlose Drangsalierung eh’ schon Drangsalierter und lehnen so etwas demzufolge ab.**
- 5) Unter dem Eindruck der ersten vier Punkte scheint die „Magdeburger Alternative“ gerade für die Fünf Neuen Bundesländer keine zukunftsfähige Perspektive zu bieten. Vielmehr bleibt zu befürchten, dass die eh schon desaströse Situation in Ostdeutschland durch die staatliche Förderung eines Niedriglohnssektors noch verschärft wird. **Deshalb fordert attac/Magdeburg die Politik auf, die besondere Situation strukturschwacher Regionen endlich ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen. Arbeitslosenquoten von bis zu 20% zuzulassen, kommt einer systematischen ökonomischen Verschrottung gleich – ebenso eine staatlich noch geförderte De-Qualifizierung ganzer Arbeiterheere durch den weiteren Ausbau des Niedriglohnssektors.**
- 6) Wir von attac/Magdeburg sehen bei den Parteien eine geradezu schillernde Abstrusität, wenn sie einerseits sozialversicherungspflichtige, existenzsichernde Arbeit fordern, aber andererseits für Niedriglohnmodelle eintreten. Müssen die Parteien somit nicht auf das Scheitern ihrer Beschäftigungspolitik hoffen, die sozialversicherungspflichtige Jobs nachgewiesenermaßen verdrängt? **Deshalb fordert attac/Magdeburg alle Parteien zu einer Klärung ihrer arbeitsmarktpolitischen Konzepte auf: geht es um eine Arbeitsmarktpolitik, die auf die optimale Ausnutzung von Produktivitätspotentialen zielt und für ein hohes Lohn- und**

Beschäftigungsniveau sorgt, oder geht es um eine Rückkehr zu einer Wirtschaftsordnung, die die zügellose Konkurrenz prekärer und fremdbestimmter Beschäftigter und eine Abwärtsspirale in die Geringqualifikation forciert?

Literatur:

Baumeister, H./Gransee/Zimmermann (2005) *Die Hartz-„Reformen“*. Die Folgen von Hartz I-IV für ArbeitnehmerInnen. Hamburg: VSA

Hickel, R. (2005) „Jobwunder im perspektivlosen Niedriglohnsektor. Die makroökonomischen Folgen.“, in: Baumeister/Gransee/Zimmermann (Hrsg.), S. 129-144

Kowalsky, R. (2005) „Vertane Chefsache.“, in Blätter f. dt. u. intern. Politik, 8/05, S. 1010-1012

Kühn, W. (2005) „Schlusslicht Ostdeutschland – ein Menetekel?“, in Blätter, 10/05, S. 1266-1268

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2004) *Memorandum 2004. Beschäftigung, Solidarität und Gerechtigkeit – Reform statt Gegenreform*. Köln: PapyRossa

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2005) *Memorandum 2005. Sozialstaat statt Konzerngesellschaft*. Köln: PapyRossa

Schöb, R./Weimann, J. (2004) *Arbeit ist machbar. Die neue Beschäftigungsformel*. Döbel: Verlag Janos Stekovics

Zimmermann, K. (2005) „Arbeitsmarktreformen – ein Beitrag zur Lösung der Misere?“, in Baumeister/Gransee/Zimmermann (Hrsg.), S. 54-61